



## NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSED

Liebe Leserinnen und Leser,

die Menschen müssen sich auf den Sozialstaat verlassen können und daher freue ich mich über die Erfolge, die die SPD vor knapp einer Woche im Koalitionsausschuss erreichen konnte. Damit die Hilfen schnell ankommen, haben wir unsere Sitzungswoche vorgezogen und die entsprechenden Regelungen sogleich auf unsere Tagesordnung gesetzt.

### **Wir unterstützen Familien**

Familien haben durch die Schließung von Schulen und Kitas besondere Lasten zu tragen. Viele Eltern können derzeit nicht voll arbeiten, der Fernunterricht verursacht Mehrausgaben und teils fällt das Schul- oder Kita-Essen weg. Deswegen haben wir heute im Bundestag einen erneuten **Kinderbonus** auf den Weg gebracht. Wie bereits im vergangenen Jahr sollen Familien zusätzlich 150 Euro pro Kind direkt mit dem Kindergeld ausgezahlt bekommen. Damit auch alle Familien etwas vom Kinderbonus haben, wird er nicht auf die Grundversicherung angerechnet. Für Eltern mit sehr hohen Einkommen aber wird die Einmalzahlung auf den steuerlichen Freibetrag angerechnet. Das Geld kommt also den Familien zugute, die besonders darauf angewiesen sind.

[Das Bundesfamilienministerium gibt hier einen Überblick über die Leistungen für Kinder.](#)

### **Digitale Endgeräte für Fernunterricht**

Bereits im vergangenen Sommer haben wir den DigitalPakt Schule um 500 Millionen Euro aufgestockt. Er soll die Länder unterstützen, Schulen mit digitalen Endgeräten für die Kinder auszustatten. Weil das jedoch noch nicht flächendeckend umgesetzt ist, begrüße ich, dass unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die Jobcenter angewiesen hat, für

Schüler\*innen, deren Familien auf die Grundsicherung angewiesen sind, die Kosten für digitale Endgeräte (Laptops, Drucker etc.) zu übernehmen. Denn die Geräte werden jetzt gebraucht und so können auch Kinder am Fernunterricht teilnehmen, wo zuhause der Geldbeutel schmal ist.

[Die Details finden sich hier.](#)

## **Wir stärken den Sozialstaat und bieten unbürokratische Hilfe**

Bei Menschen, die für geringe Löhne arbeiten, (Solo-)Selbstständigen oder Kulturschaffenden kann es derzeit finanziell eng werden. Menschen, die ihren Lebensunterhalt bislang aus eigener Kraft sichern konnten, sind gegenwärtig auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Mit dem Sozialschutzpaket haben wir einen **vereinfachten Zugang zu den Grundsicherungssystemen** geschaffen, um ein tragfähiges Sicherheitsnetz zu bieten. Diese Regelung werden wir nun bis Ende des Jahres verlängern. Damit stellen wir sicher, dass niemand seine Wohnung aufgeben muss oder das, was sie oder er sich für das Alter zurückgelegt hat, antasten muss. Auch Betriebsvermögen, das nach der Pandemie für einen Neustart dringend benötigt wird, wird geschont.

Derzeit ergeben sich für viele finanzielle Mehrbelastungen zum Beispiel für Hygiene-Artikel oder Schnelltests, um Angehörige im Pflegeheim besuchen zu können. Um dies stemmen zu können, sollen Menschen, die existenzsichernde Leistungen beziehen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen) pauschal einen **Corona-Zuschuss** in Höhe von 150 Euro erhalten. Der Zuschuss wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. Wir haben das entsprechende Gesetz heute in erster Lesung beraten.

[Die Details dazu auf den Seiten des Bundesarbeitsministeriums.](#)

## **Neustarthilfe für Kultur aufgestockt und verbessert**

Wir wollen Kunst und Kultur in ihrer Vielfalt erhalten und bei der Weiterentwicklung unterstützen. Daher hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz die **Neustarthilfe Kultur** mit einer Milliarde Euro zusätzlich ausgestattet. Damit werden Theater, Konzerthäuser, Kinos und Kulturschaffende direkt unterstützt. Jetzt kommt es darauf an, dass die Kulturstaatsministerin die Auszahlung der Mittel schnell organisiert. Gleichzeitig werden wir die **Neustarthilfe für Soloselbstständige** optimieren. Für die ersten sechs Monate des Jahres 2021 wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 ausgezahlt, maximal 7.500 Euro. Dank Olaf Scholz wird die Neustarthilfe künftig auch denjenigen im Bereich der darstellenden Künste helfen, die projektbezogen oder kurz befristet beschäftigt sind. Wegen zu kurzer Beschäftigungszeiten haben sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld.

[In diesem Video erklärt Olaf Scholz die Regelungen.](#)

## Wir bringen Ausbau von Ladesäulen voran

Um unser Ziel zu erreichen, dass bis 2030 in Deutschland sieben Millionen Elektrofahrzeuge unterwegs sind, brauchen wir eine Ladesäuleninfrastruktur, die flächendeckend und unkompliziert erreichbar ist. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hatte dafür letzten März ein Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) zum Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur in Gebäuden vorgelegt, das weit hinter den Erfordernissen zurück blieb. Obwohl unsere Position auch die großen Wirtschaftsverbände und der Handel unterstützen, konnten wir der Union in ihrer monatelangen Blockadehaltung nur schwer Verbesserungen abringen. Es ist also ein Fortschritt, dass wir gestern das GEIG beschließen konnten. Aber ich sage auch deutlich, dass wir uns mehr gewünscht hätten. Es ist leider ähnlich, wie bei anderen Zukunftsvorhaben auch, zum Beispiel der Neufassung des EEG, die den Erfordernissen hinterherhinken, weil die Union auf der Bremse steht.

Mit dem nun beschlossenen GEIG schreiben wir Ladeinfrastruktur an Gebäuden verpflichtend vor. Für den Neubaubereich gilt künftig: Wenn neue Wohnanlagen mehr als fünf Parkplätze haben, muss jeder Stellplatz mit Strom versorgt werden. Für Quartiere konnten wir pragmatische Lösungen erreichen. Bei Nichtwohngebäuden, zum Beispiel Supermarkt-Parkplätzen, muss ab sechs Stellplätzen jeder dritte Stellplatz mit einer Ladesäule ausgestattet sein. Für kleine und mittlere Unternehmen haben wir Ausnahmen vorgesehen, wenn die Fläche von ihnen selbst genutzt wird. Bei einer größeren Renovierung müssen die Eigentümer\*innen eines Wohngebäudes, das über mehr als zehn Stellplätze verfügt, dafür sorgen, dass jeder Stellplatz mit der Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet wird. Bei Nichtwohngebäuden ist mindestens jeder fünfte Stellplatz mit der Leitungsinfrastruktur auszustatten und mindestens ein Ladepunkt zu errichten.

**[Hier geht es zur Debatte.](#)**

## Claudia Tausend MdB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie  
stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38  
80331 München  
Tel: 089 - 18 93 28 58

[claudia.tausend.wk@bundestag.de](mailto:claudia.tausend.wk@bundestag.de)  
[facebook.com/tausendmalbesser](https://facebook.com/tausendmalbesser)  
[www.claudia-tausend.de](http://www.claudia-tausend.de)